



An den Präsidenten
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/3537

A06

3. Februar 2025

**Bericht für den Ausschuss für Europa und Internationales zum
Thema Europäischer Ausschuss der Regionen: Rückblick
Mandatsperiode 2020-2025 - Ausblick Mandatsperiode 2025-2030**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den vom Vorsitzenden des Ausschusses für Europa und Internationales, Herrn Stefan Engstfeld MdL, erbetenen Bericht zum Thema „Europäischer Ausschuss der Regionen: Rückblick Mandatsperiode 2020-2025 - Ausblick Mandatsperiode 2025-2030“ für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 7. Februar 2025.

Für die Weiterleitung dieses Berichts an den Ausschussvorsitzenden bin ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen


Nathanael Liminski

Bericht
des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien und Chefs der Staatskanzlei

für den
Ausschuss für Europa und Internationales
im Landtag Nordrhein-Westfalen

zum Thema
Europäischer Ausschuss der Regionen:
Rückblick Mandatsperiode 2020-2025 - Ausblick Mandatsperiode
2025-2030

(30. Januar 2025)

Das Vertragsrecht der EU weist dem Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) ein förmliches Mitspracherecht bei der Gesetzgebung in Europa zu. Die Europäische Kommission, der Rat der EU und das Europäische Parlament müssen den AdR vorab um Stellungnahme ersuchen, wenn Rechtsvorschriften in Bereichen erlassen werden sollen, die lokale und regionale Gebietskörperschaften betreffen, zum Beispiel Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Sozialpolitik, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Verkehr, Energie und Klimawandel. Versäumen sie diese in den Verträgen zwingend vorgegebene Anhörung, kann der AdR ein Verfahren beim Gerichtshof einleiten. Daneben besteht das Instrument der fakultativen Anhörung. Davon machen die Gesetzgebungsorgane der EU dann Gebrauch, wenn durch ihre Beschlussfassung regionale Interessen betroffen sind. Überdies kann der AdR aus eigener Initiative Stellungnahmen zur EU-Politik abgeben. Den europäischen Regionen werden damit in einem weiten Spektrum Mitspracherechte bei der Gesetzgebung in Europa verschafft.

Insgesamt besteht der AdR aus 329 Mitgliedern, die sich auf Delegationen aus allen EU-Mitgliedstaaten verteilen. Deutschland verfügt über 24 ordentliche und 24 stellvertretende Mandate. Infolge des zwischen den deutschen Ländern geltenden Abkommens über die Entsendung der AdR-Mitglieder von 1993 gilt innerdeutsch ein Rotationsprinzip hinsichtlich der Anzahl der Mandate. Nordrhein-Westfalen verfügte damit in der 7. AdR-Mandatsperiode 2020-2025 über zwei ordentliche und zwei stellvertretende Mandate, in der nunmehr am 26. Januar 2025 begonnene 8. AdR-Mandatsperiode 2025-2030 steht Nordrhein-Westfalen nur ein ordentliches und ein stellvertretendes Mandat zu.

In Nordrhein-Westfalen ist es ständige Praxis, dass das ordentliche Mandat durch die Landesregierung und das stellvertretende Mandat durch den Landtag vergeben werden. In Perioden mit zwei Mandaten wird dem Landtag auch die Benennung für ein ordentliches Mandat übertragen.

In der 7. AdR-Mandatsperiode 2020-2025 wurden Staatssekretär Dr. Mark Speich von der Landesregierung und Dietmar Brockes MdL vom Landtag als ordentliche Mitglieder bestimmt. Die jeweiligen Stellvertretungen wurden seinerzeit „gekreuzt“, insbesondere um den engen Schulterschluss zwischen Landtag und Landesregierung hinsichtlich des nordrhein-westfälischen Engagements im AdR zum Ausdruck zu bringen. Von der Landesregierung wurde Dr. Optendrenk MdL in seiner Eigenschaft als Abgeordneter und vom Landtag Dirk Wedel in seiner Eigenschaft als Staatssekretär vorgeschlagen.

Die förmliche Benennung erfolgt abschließend durch den Rat der Europäischen Union. Dieser hat am 21. Januar 2025 für die anstehende 8. AdR-Mandatsperiode 2025-2030 den von der Landesregierung für das ordentliche Mandat vorgeschlagenen Staatssekretär Dr. Mark Speich und den vom Landtag vorgeschlagenen Vorsitzenden des Ausschusses für Europa und Internationales Stefan Engstfeld MdL bestätigt.

In der 7. AdR-Mandatsperiode 2020-2025 hat sich die Landesregierung mit ihrem Mandat sehr aktiv in die Arbeit des AdR eingebracht. Staatssekretär Dr. Mark Speich war während der Mandatsperiode Mitglied der Fachkommission für Wirtschaftspolitik (ECON) und der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX).

Drei nordrhein-westfälische AdR-Berichterstattungen sind hier von Bedeutung:

- Stellungnahme zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz

<https://dm-publicapi.COR.europa.eu/v1/documents/cor-2022-05388-00-01-ac-tra-de.docx/content>

- Stellungnahme zur Netto-Null-Industrie-Verordnung

<https://dm-publicapi.COR.europa.eu/v1/documents/cor-2023-02189-00-01-ac-tra-de.docx/content>

- Stellungnahme zu Aktive Subsidiarität: ein Grundprinzip der EU-Agenda für bessere Rechtsetzung

<https://dm-publicapi.COR.europa.eu/v1/documents/cor-2023-05624-00-00-ac-tra-de.docx/content>

Ebenfalls von Bedeutung war das Engagement des Staatssekretärs im Rahmen der „Fit-For-Future“-Plattform der Europäischen Kommission. Die „Fit for Future“-Plattform wurde als hochrangiges Beratungsgremium eingerichtet und ist im weiteren Sinne mit der Funktion des Normenkontrollrats in Deutschland vergleichbar. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in der EU zu verringern. Während in früheren Gremien solcher Art allein die Mitgliedstaaten vertreten waren, sind seit 2020 erstmalig die europäischen Regionen über den AdR mit drei Mandaten vertreten. Eines dieser drei Mandate ist über Staatssekretär Dr. Mark Speich Nordrhein-Westfalen zugewiesen. Er hat folgende Berichterstattungen für die Plattform übernommen: Stellungnahme zum Beschaffungswesen und Vergaberecht, insbesondere zum elektronischen Vergaberecht („e-procurement“), Stellungnahme zur Überarbeitung der Altfahrzeugrichtlinie und die Stellungnahme zur Kohäsionspolitik mit konkreten Verbesserungsvorschlägen für die Umsetzung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Kohäsionsfonds und des Fonds für einen gerechten Übergang (JTF).

In die Zeit der 7. AdR-Mandatsperiode 2020-2025 fällt auch die Konferenz zur Zukunft Europas. Staatssekretär Dr. Mark Speich war über den AdR Mitglied der Plenarversammlung der Konferenz. Mit der Abschlussveranstaltung am 9. Mai 2022 hat die Konferenz 49 Reformvorschläge samt 300 Einzelmaßnahmen vorgelegt. Darunter befinden sich insbesondere grundlegende Vorschläge zur Stärkung der regionalen Ebene, des AdR und des Subsidiaritätsprinzips. Während das Europäische Parlament für Vertragsänderungen und die Einberufung eines Konvents eintritt, besteht im Rat allerdings nach wie vor ein Dissens zum Umgang mit den Ergebnissen der Konferenz und zu einem etwaigen Reformprozess.

Nordrhein-Westfalen hat sich während der zurückliegenden Mandatsperiode auch aktiv in die Gremienarbeit und die interne Beschlussfassung des AdR eingebracht. Von 2020 bis Mitte 2022 war Staatssekretär Dr. Mark Speich Vorsitzender der Deutschen Delegation im AdR. Die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union war mit der Koordination der Aktivitäten der deutschen Delegation betraut. Zugleich war der Staatssekretär Vorsitzender der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX). Zugleich war er während der gesamten Mandatsperiode Mitglied im Präsidium des AdR und in der zweiten Hälfte war ihm die Funktion des Vizepräsidenten des AdR anvertraut. Infolge dieser herausgehobenen Positionen war es möglich, auch an grundlegenden Entscheidungen des AdR mitzuwirken.

Die anstehende 8. AdR-Mandatsperiode 2025-2030 startet offiziell mit der konstituierenden Plenartagung am 19./20. Februar 2025. Insbesondere werden die neuen Mitglieder des Präsidiums sowie die Präsidentin bzw. der Präsident neu gewählt werden.

Nordrhein-Westfalen wird auch in dieser Mandatsperiode jeweils über ein Mandat in der Fachkommission für Wirtschaftspolitik (ECON) und in der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX) verfügen.

Die Fachkommissionen werden sich am 21. Februar 2025 neu konstituieren. Für die darauffolgenden Sitzungen der Fachkommissionen sind Verhandlungen über die jeweiligen Prioritäten und Arbeitsprogramme vorgesehen.

Anhaltspunkte für die zukünftige politische Schwerpunktsetzung des AdR liefern derzeit bereits insbesondere die „Empfehlungen des scheidenden Präsidiums für die neue Mandatsperiode des AdR 2025 bis 2030“ vom 19. November 2024. Darin heißt es unter Bezugnahme auf die Strategische Agenda des Europäischen Rates und in die politischen Leitlinien der Präsidentin der Europäischen Kommission, dass gleich eine ganze Reihe von strategischen Herausforderungen und Prozessen für die künftige Arbeit und die Prioritäten des AdR von Bedeutung sein werden, z. B. ein neuer europäischer Schutzschild für die Demokratie, die Kohäsionspolitik, der nachhaltige Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit der EU sowie die entscheidenden Prozesse im Zusammenhang mit den Überprüfungen der Politik vor der Erweiterung und dem Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2027. Übergreifend wird empfohlen, dass sich der AdR auch weiterhin für aktive Subsidiarität einsetzen sollte, da aktive Subsidiarität entscheidend für den Mehrwert und die Legitimität der EU-Rechtsvorschriften sei.